

Frankfurt, den 30. Januar 2018

Resolution zur drohenden Schließung der Helios Klinik in Bad Schwalbach

Mit großer Besorgnis hat der Landesbezirksvorstand von ver.di Hessen die Nachricht über die drohende Schließung des ehemaligen Kreiskrankenhauses in Bad Schwalbach durch den Helios Konzern aufgenommen.

Wir fordern alle Verantwortlichen auf, sich für die Erhaltung des Krankenhauses in bisherigem Umfang einzusetzen. Es kann und darf nicht sein, dass der Untertaunus durch die Reduzierung des medizinischen Angebotes für die Bürgerinnen und Bürger im wahrsten Sinne des Wortes ausblutet. Den Verweis auf die umliegenden Kliniken, von deren schwieriger personeller Situation wir wissen und deren Aufnahmekapazitäten nicht ausreichen, lassen wir nicht gelten.

Wer die medizinische Versorgung in Bad Schwalbach und dem Untertaunus mit seinem Krankenhaus in Frage stellt, rüttelt an der Daseinsvorsorge der Bevölkerung im ländlichen Raum. Gerade auch im Hinblick auf Bad Schwalbach als Kur- und Kreisstadt, wäre es grotesk, die Helios Klinik zu schließen. Mit der Schließung der Klinik wird der gesamte Standort geschwächt.

Statt die Schließung der Klinik mit Steuergeldern finanziell zu unterstützen, ist es an der Zeit Krankenkassen und Bundesregierung daran zu erinnern, dass es ihre Aufgabe ist, die gesetzlichen, strukturellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, eine gute gesundheitliche Versorgung aller Menschen sicherzustellen und die Politik des Abbaus von Leistungen und Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich zu beenden. Aus Sicht von ver.di ist es ein Irrsinn, eine Gesundheitspolitik auf Kosten der kleinen Krankenhäuser zu betreiben mit dem Ziel, sie weg zu rationalisieren. Es ist im Interesse aller Patienten und Beschäftigten in den Krankenhäusern, dass eine gute medizinische und pflegerische Versorgung erhalten bleibt.

Es gilt, gemeinsam für eine ausreichende Finanzierung des Gesundheitswesens für alle Menschen zu sorgen. **Gesundheit darf nicht länger eine Ware sein, die die Interessen von Konzernen und ihren Aktionären vor das Gemeinwohl stellt.**